

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Regelgemäß die Sonn- und Feiertage für Anzeigen des Tages und Abends in Gold- und Silberdruck. — Preis 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Entgelt: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 292

Dienstag, den 16. Dezember 1924

19. Jahrgang

Wer übernimmt die Regierungsbildung?

Die Sozialdemokraten regierungsbereit. — Scharfe Opposition gegen den Bürgerblock.

Berlin, 13. Dezember.

Reichskanzler Marx empfing heute vormittag die Vertreter der Sozialdemokraten, die Abgg. Wels, Hermann Müller, Dittmann und Hilferding. Sie gaben die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion den Ausgang der Wahlen nur im Sinne einer Erweiterung der bisherigen Außenpolitik ergehen lassen würde. Für den Fall, daß es trotzdem zu der Bildung einer Rechtsregierung käme, kündigten die sozialdemokratischen Führer die schärfste Opposition ihrer Fraktion an. Der Reichskanzler enthielt sich einer Antwort auf diese Erklärungen, weil er sich nicht berufen fühlt, sachliche Verhandlungen zu führen.

Die Annahme, daß das Reichskabinett am Montag seinen Rücktritt erklären wird, ist zutreffend. Der Reichskanzler hat wenigstens den Parteiführern diesen Tag für den Rücktritt des Kabinetts angegeben.

Ob der Reichspräsident dem Reichskanzler schon eine Mitteilung darüber gemacht hat, welche Persönlichkeit er mit der Bildung der neuen Regierung beauftragen würde, ist kaum anzunehmen. Zunächst dürfte dafür die Partei in Frage kommen, die die Anregung zur Bildung einer Rechtsregierung gegeben hat, also die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 13. Dez. In der Besprechung der Sozialistenführer beim Reichskanzler, über die wir bereits berichteten, sprachen Hermann Müller, Wels, Dittmann und Hilferding ihr Bedauern darüber aus, daß nicht der Versuch gemacht wurde, der Regierung Marx durch Erweiterung nach links im Reichstag eine tragfähigere Grundlage zu geben, was dem Ergebnis der Wahl vom 7. Dezember entsprechen hätte. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten, daß auf Grund ihrer Kenntnis der Stimmung der Sozialdemokratischen Partei im

Reich die Fortführung der Außenpolitik des Kabinetts Marx verlangt werden müsse, weil das allein den Interessen des Reiches entspreche. Wenn der Versuch gemacht werden sollte, eine Rechtsregierung zu bilden, so würde in einer solchen die Fortführung der Politik der Befriedung Europas nicht möglich sein.

Berlin, 15. Dez. Wie das Zentrum, so scheint auch die Deutsche Volkspartei wenig Neigung zur Übernahme der Regierungsbildung zu haben. Den Gedanken einer Regierungsbildung mit aktiver oder neutraler Unterstützung der Sozialdemokraten lehnen völksparteiliche Kreise nach wie vor ab mit dem Hinweis darauf, daß eine solche Regierung keine praktische Arbeitsmöglichkeit habe, da ein derartiges Kabinett bei den ersten wichtigen Fragen, vor allem bei den Steuerfragen, wieder auseinanderfallen würde. Eine Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung wird kaum vor Donnerstag zu erwarten sein, da die Entscheidungen der Reichstagsfraktionen erst Dienstag oder Mittwoch fallen werden.

Berlin, 14. Dez. Nach sicheren Informationen dürfte der Reichspräsident zunächst einen Vertreter der Deutschen Volkspartei mit der Regierungsbildung beauftragen, die die Bildung einer Rechtsregierung so eifrig betrieben hat. Interessant ist es, in diesem Zusammenhang zu vernehmen, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sich in diesen Tagen zur Erholung in ein Sanatorium begeben wird. Herr Dr. Stresemann will so vermeiden, daß er durch den Auftrag des Reichspräsidenten in die unangenehme Lage versetzt werde, die von ihm selbst eingeschickelte und geforderte Bildung einer Rechtskoalition selbst zu versuchen. Er ahnt bereits, daß dieser Versuch zum Scheitern verurteilt ist, weil das Zentrum an einer rechtsgerichteten Regierung sich nicht beteiligen will.

Stegerwald deutschnationaler Kanzler-Favorit.

Der Zentrumspolitiker Adam Stegerwald, der im Jahre 1921 als preussischer Ministerpräsident eine bürgerliche Koalition, bestehend aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten bildete, feiert heute seinen 60. Geburtstag. So festig die Deutschnationalen das Aufsteigen von Nicht-Fachleuten zu Staatsämtern bekämpfen, so möchten sie doch heute niemand lieber Reichskanzler werden sehen als Stegerwald, den ehemaligen Tischlergesellen.

Die „Germania“ gedenkt heute ihres Parteifreundes und sagt, daß er zu den kenntnisreichsten und angesehensten Politikern und Arbeiterführern Deutschlands zählt. Das Zentrumorgan betont aber gleichzeitig, daß ein Rechtskabinett nie unter Zentrumsführern stehen kann, ja, das Blatt geht heute sogar noch einen erheblichen Schritt weiter, indem es schreibt: „Es ist auch noch mehr als fraglich, ob das Zentrum sich an einer solchen Koalition überhaupt aktiv beteiligen darf. Das Zentrum hat den Wahlkampf hauptsächlich gegen die Deutschnationalen führen müssen. Die Deutschnationalen gelten in weiten Kreisen als Hort der sozialen und politischen Reaktion. Bei der Stimmung der Hunderttausende von Wählern, die dem Zentrum besonders aus Arbeiterkreisen neu zugewandert sind, ist die Beteiligung an einer Rechtsregierung nahezu eine psychologische Unmöglichkeit, ganz abgesehen davon, daß man gerade bei unseren Wählern im Westen eine Abweichung von der außenpolitischen Linie am wenigsten verstehen würde. Wenn im besten Gebiet nicht jeder Fehler der deutschen Außenpolitik am ersten. Welche Stellung das Zentrum zu einem Rechtskabinett einnehmen würde, hängt ganz ab von der Politik, die dieses Kabinett treibt.“

Dr. Jarres kandidiert nicht für den Reichspräsidentenposten.

Ein Vertreter der Telegraphen-Union nahm am Sonntag Gelegenheit, den zu einer Gedächtnisfeier für Hans Thoma in Karlsruhe anwesenden Reichsminister Dr. Jarres über die von der „Germania“ gebrachte Meldung über seine angebliche Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu befragen. Reichsminister Dr. Jarres erklärte, daß er schon mit Rücksicht auf seine persönlichen

und dienstlichen Beziehungen zu dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler auf das peinlichste davon abgesehen sei, daß sein Name mit der im Sommer 1925 stattfindenden Reichspräsidentenwahl in Verbindung gebracht werde. Wie bekannt, beabsichtigt Dr. Jarres, sofort nach Bildung des neuen Kabinetts aus der Politik auszuschließen, um seine kommunale Tätigkeit wieder aufnehmen zu können, die vor zwei Jahren durch seine Ausweisung unterbrochen wurde.

Englands neue Außenpolitik.

London, 14. Dez. Der morgen beginnenden Aussprache im Unterhaus über die Außenpolitik steht die Presse mit größtem Interesse entgegen. Es wird erwartet, daß Chamberlain, der gestern aus Rom zurückgekehrt ist, eine Erklärung über den Charakter seiner Aussprache mit Herriot zu Mussolini, ferner über die zukünftigen Beziehungen zu Rußland und zu Ägypten abgeben wird. Laut „Daily Express“ wird Lord Curzon am Dienstag im Oberhaus eine Erklärung von grundlegender Bedeutung über Rußland unter besonderer Bezugnahme auf die Sowjet-Handelsmission in England und auf die bolschewistische Propaganda abgeben.

Die Kölner Räumungsfrage.

London, 14. Dez. Zu der Möglichkeit, daß die britische Besetzung Kölns über den 10. Januar 1925 hinaus verlängert werden könnte, schreibt „Observer“: Dies sei eine schwierige Frage. Die Engländer könnten nicht unter Bruch des Friedensvertrages in Köln bleiben, würden andererseits aber auch nicht dem Zweck des Friedens dienen, wenn sie die Zone ohne Rücksicht auf die Folgen räumen würden. Deutschland werde zugehen müssen, daß die Anwesenheit britischer Truppen in Köln es gegen die Wiederaufnahme einer glücklicherweise ausgegebenen Politik seitens Frankreichs schütze. Frankreich aber werde anerkennen müssen, daß die Engländer ihre Garnison in Köln nicht ohne die Zustimmung Deutschlands über den 10. Januar hinaus belassen könnten. Vielleicht werde Frankreich zustimmen, den Zeitpunkt für die Räumung des Ruhrgebietes vorzulegen, während sich Deutschland mit einer entsprechenden Dinauschiebung des Zeitpunktes für die Räumung Kölns inbeschanden erklären könne. Jedenfalls

werde ein Kompromiß irgendwelcher Art unermesslich sein. Das Beweismaterial dafür, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen umgangen habe, werde vollständig und überzeugend sein müssen, um die Beibehaltung einer britischen Garnison auf deutschem Boden auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.

Rücktritt Herriots in Sicht?

Herriots Krankheit. — Painleve als Nachfolger?

Paris, 14. Dez. „Echo de Paris“ und „Tribune“ beschäftigen sich heute in langen Ausführungen mit den politischen Folgen, die eine längere Dauer der Krankheit Herriots haben könnte. „Echo“ schreibt, wenn der Krankheitszustand des Ministerpräsidenten weiter ernst bleibe, so müsse man mit der Demission des Kabinetts rechnen. Schon spräche man von Painleve als eventuellen Nachfolger Herriots. Auch andere Namen würden genannt, aber alle diese Voraussetzungen seien zweifellos verfräht.

Auch „Tribune“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Gesundheitszustand Herriots politische Veränderungen notwendig machen werde. Sie schreibt: Das jetzige Ministerium ist in solchem Maße der Wille des Ministerpräsidenten aufgebracht, daß man mit Recht erwarten kann, wie ohne ihn der Eindruck erweckt werden soll, daß eine Regierung vorhanden ist. Wichtige Debatten stehen bevor, betreffend die Vorkasse beim Balkan und Annexion. Es ist also notwendig, wenn Herriot längere Zeit ausfallen sollte, daß er von einem Republikaner, der den gleichen Idealismus und die gleiche demokratische Leidenschaft besitzt, ersetzt wird. Was auch immer kommen wird, das Kartell der Linken bleibt bestehen!

Eine Rede Painlevés.

Paris, 14. Dez. In Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten Herriot hat Kammerpräsident Painleve heute einer republikanischen Kundgebung in Versailles beigewohnt. Er hielt eine Rede, in der er die Politik des Bürgerblocks verteidigte, die darauf abzielt, die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten. Die Grundzüge der Demokratie seien es gewesen, die Ministerpräsident Herriot zu der Aktion berufen hätten, die Innenpolitik so zu organisieren, daß eine allgemeine Entspannung eintreten können. Diese Grundzüge hätten Herriot indes Worte eingebracht, die die Herzen aller Bürger bewegt hätten, und zwar würde man wieder die alte Ehre Frankreichs und seinen von humanitären Grundgedanken durchdrankten Patriotismus erkennen.

Paris, 14. Dez. Ueber den Gesundheitszustand Herriots verlautet, er habe zum ersten Male seit 5 Tagen einigen Stunden schlafen können. Die Ärzte hoffen, daß der Krankheitsherd lokalisiert bleibt, und daß der Ministerpräsident in etwa 10 Tagen wieder aufstehen können.

Grundzüge des deutsch-österreichischen Handelsvertrags.

Wien, 13. Dez. Ueber den Handelsvertrag mit Deutschland, der gestern im Nationalrat eingebracht wurde, werden von maßgebender Seite folgende Informationen ausgegeben: Die Handelsbeziehungen zu Deutschland sind gegenwärtig in dem Wirtschaftsvertrag vom 1. September 1920, das sich an den alten Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich anlehnt, geregelt. Die Tarifvorlagen hatte dieses Abkommen zunächst aus dem alten Handelsvertrag übernommen. Sie wurden von Deutschland im Jahre 1921 mit Rücksicht auf die ungeklärte wirtschaftliche Lage aufgeschoben. Deutschland wandte sich daher für österreichische Waren wie gegenüber allen Waren fremder Herkunft seine autonomen Zollsätze, die es im Laufe der letzten Jahre bei einer ganzen Reihe von Tarifpositionen wesentlich erhöht hat, an. Oesterreich bringt Deutschland wie allen Staaten gegenüber die alten Vertragsätze zur Anwendung.

Das am 12. Juli in Prag unterzeichnete Nebeneinkommen bildet einen Zusatzvertrag zu dem geltenden Wirtschaftsvertrag mit dem Deutschen Reich. Der alte Vertrag behält, von geringfügigen Änderungen abgesehen, seine Geltung und wird durch zolltarifliche Abmachungen und ein Tierseuchenabkommen ergänzt. Die Tarifvereinbarungen stellen sich als eine Ermäßigung der geltenden Zölle oder als Sicherung gegen etwaige Zollrückstellungen dar und betreffen die wichtigsten beiderseitigen Exportartikel. Auf deutscher Seite ist der Tarifvertrag der erste der Nachkriegszeit. Die Änderungen der Tarifanlagen für einige noch nicht zur